

Kündig-Schlumpf: «Kanton darf nicht bei Ärmsten sparen»

Der Kanton St. Gallen will sparen. Damit hat er es nun aber übertrieben, sind mehrere Sozialverbände überzeugt. In Rapperswil-Jona geben sie bekannt, einen Sparbeschluss des Kantonsrates per Referendum anzufechten.

Von Willi Meissner

Rapperswil-Jona. – Der Sparkurs des Kantons St. Gallen schiesst für insgesamt sieben Sozialverbände über das Ziel hinaus.

Grund: Der Kantonsrat will Bewohnern von Alters-, Pflege- und Behindertenheimen den Betrag für sogenannte «persönliche Auslagen» von aktuell 530 Franken auf 464 kürzen. Das entspricht 12,5 Prozent. Die Bezüger müssen davon Auslagen wie Kleidung, Schuhe, Sehhilfen, Medikamente oder gesellschaftliche Aktivitäten ausserhalb der Heime bezahlen.

Die geplante Kürzung geht der Grünen-Kantonsrätin Silvia Kündig-Schlumpf aus Rapperswil-Jona zu weit: «Der Kanton darf nicht bei den Ärmsten sparen.» Anspruch auf den Betrag für persönliche Auslagen hätten nämlich nur solche Heimbewohner, die unter der Armutsgrenze leben und über kein Vermögen verfügen. Im Kanton St. Gallen würde die Kürzung rund 4500 Menschen betreffen.

Den Zustupf erhalten sie über die sogenannten Ergänzungsleistungen. Mit der Kürzung bei diesen Leistungen will der Kanton 3,2 Millionen Franken pro Jahr sparen. «Das ist eine kleinliche Kürzung», sagt Kündig-Schlumpf. Mit einer minimalen Erhöhung der kantonalen Steuern um 0,3 Prozent liesse sich der Betrag kompensieren. Und damit liesse sich eine «massive Einkommenskürzung» bei benachteiligten Menschen verhindern.

Kantonsräte werden kritisiert

Kantonsrätin Kündig-Schlumpf spart nicht mit Kritik an ihren Ratskollegen. «Von 120 Räten haben nur 33 gegen den Beschluss gestimmt.» Das lasse auf eine fragwürdige Wertegewich-



Verärgert: Roland Eberle (links) und Silvia Kündig-Schlumpf wollen geplante Einsparungen des Kantons bei der finanziellen Hilfe für Heimbewohner verhindern.

Bild Willi Meissner

tung schliessen. «Der Kanton kann sich nicht einfach auf Kosten der schwächsten Gesellschaftsmitglieder seinen Haushalt aufpolieren, um als Wirtschaftsstandort gut dazustehen», so Kündig-Schlumpf.

Zudem befürchtet Kündig-Schlumpf Mehrkosten durch die «unüberlegte Einsparung». «Menschen, die am normalen Leben teilnehmen und aktiv soziale Kontakte ausserhalb der Heime pflegen, leben gesünder und brauchen weniger Medikamente», so die schulische Heilpädagogin. Mit dem gekürzten Zustupf müssten sich Senioren und Behinderte aber sozial stark einschränken.

Kündig-Schlumpf kann sich den Be-

schluss der Kantonsräte nur mit Unkenntnis über die Auswirkungen erklären. Die Vermutung ist nicht unbegründet. «Wir haben den Fraktionen im Kantonsrat Gespräche über die Auswirkungen einer solchen Einsparung angeboten», sagt Roland Eberle, Geschäftsleiter der Behinderten-Hilfsorganisation Procap St. Gallen-Appenzell. Dieses Angebot sei von keiner Fraktion wahrgenommen worden. Auch sei die Resonanz auf einen Brief im Vorfeld der Ratsabstimmung kaum wahrnehmbar gewesen.

Bevölkerung soll abstimmen

Gegen den Sparbeschluss des Kantonsrates sammeln seit Montag insge-

samt sieben Sozialverbände Unterschriften für ein Referendum. «Wir glauben nicht, dass die St. Galler Bevölkerung auf Kosten von mittellosen alten und behinderten Menschen sparen will», sagt Urs Kupferschmid vom Heimverband Curaviva.

Deshalb wolle das Referendumskomitee eine Volksabstimmung über die geplante Kürzung erreichen. Dafür seien 4000 Unterschriften bis zum 19. Januar nötig. Konkret angefochten wird der sogenannte 6. Nachtrag zum Ergänzungsleistungsgesetz.

Kupferschmid zeigt sich zuversichtlich. «Wir haben bereits am ersten Tag schon grosse Resonanz auf das Referendumsbegehren erhalten.»